



**Verwaltung:**

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Kramer	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Theo Elfert	Stellv. Schriftführer

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung des öffentlichen Teils werden nicht gestellt.

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung am 4. Mai 2010**

0:00:45

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

**2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 4. Mai 2010 gefassten Beschlüsse**

0:01:00

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

### **3. Informationen**

#### **3.1. Liquiditätslage der Stadt Rheine**

0:01:25

Herr Lütkemeier informiert darüber, dass die Verwaltung einen Liquiditätskredit in Höhe von 7,9 Mio. € hätte aufnehmen müssen, um die laufenden Aufwendungen bestreiten zu können.

Zur Ausführung des Haushalts 2010 lägen keine neuen Erkenntnisse vor; die steuerlichen Erträge würden sich nach derzeitigem Stand so entwickeln, wie sie im Haushalt eingestellt seien.

#### **4. Jahresbericht 2009 der Verbraucherzentrale Nordrhein- Westfalen -Beratungsstelle Rheine Vorlage: 268/10**

0:02:30

Die Leiterin der Beratungsstelle Rheine der Verbraucherzentrale NRW, Frau Esters-Gardeweg, berichtet über ihre Aktivitäten im vergangenen Jahr. Dabei hebt sie besonders hervor, dass mit 21.210 Ratsuchenden die bisherige Höchstmarke überschritten worden sei.

Der Bericht von Frau Esters-Gardeweg ist als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt.

Frau Dr. Kordfelder und die Fraktionsvorsitzenden bedanken sich bei Frau Esters-Gardeweg für den interessanten Bericht und die geleistete Arbeit der Verbraucherberatungsstelle, wobei Frau Dr. Kordfelder deutlich macht, dass die Arbeit der Verbraucherberatung für sie unabdingbar und unverzichtbar sei. Daher werde sich die Stadt mit großer Selbstverständlichkeit für die Weiterführung des Mietvertrages einsetzen.

Herr Niehues ergänzt, dass die Verbraucherberatung in der Öffentlichkeit ein ausgesprochen gutes Image genieße, sodass die städtischen Mittel für die Unterstützung der Verbraucherberatung gut angelegt seien.

Er möchte wissen, ob auch Ratsuchende in der Vergangenheit vorgesprochen hätten, die sich von Rheinenser Geldinstituten bei hoch spekulativen Papieren falsch beraten gefühlt hätten. Gleiches gelte auch bezüglich der Energieberatung durch die Stadtwerke Rheine. Wenn es in diesen Fällen Auffälligkeiten gegeben habe, bitte er um eine vertrauliche Rückmeldung.

Ferner stellt Herr Niehues die Frage, ob Frau Esters-Gardeweg sich vorstellen könne, dass die Verbraucherberatung speziell Arbeitslose bezüglich ihrer Leistungsberechtigung betreuen könne. Diese Frage stelle er vor dem Hintergrund der letztjährigen Diskussion, ob man für diesen Personenkreis ggf. eine zentrale Anlaufstelle benötige.

Frau Esters-Gardeweg antwortet, dass bei den Anfragen über Geldanlagegeschäfte auch Rheinenser Banken betroffen gewesen seien. Die Beratung sei jedoch durch einen Anwalt vorgenommen worden.

Bezüglich der Betreuung von Arbeitslosen merkt sie an, dass es sich hierbei um Sozialrecht handle. Die Verbraucherberatung habe nur einen Beratungsauftrag im Verbraucherrecht. Für Ansprüche aus dem Arbeitslosengeld oder der Grundsicherung habe die Verbraucherberatung somit keine Rechtsberatungsbefugnisse.

Herr Reiske stellt fest, dass es für Rheine und den Kreis Steinfurt gut sei, dass es die Verbraucherberatung gebe, denn bei durchschnittlich 50 Beratungen am Tag fange die Verbraucherberatung schon im Vorfeld viel Unmut aus der Bevölkerung ab. Die Leistung sei umso höher anzuerkennen, da sie mit nur gut 2 Arbeitskräften erledigt würde.

Aufgrund der Sparbeschlüsse der Bundesregierung rechnet Herr Reiske mit einem erheblichen Anstieg der Beratungstätigkeit gerade aus dem Bereich der sogenannten „armen Menschen“, die sich dann hilfeschend an die Verbraucherberatung wenden würden. Er möchte wissen, ob die zu erwartenden Ansprüche dann noch mit dem derzeitigen Personalbestand zu schaffen sei.

Frau Esters-Gardeweg antwortet, dass die Verbraucherberatung hierbei in erster Linie präventiv aktiv werden müsse, indem sie die Verbraucher z. B. bei der Erstellung des Schriftverkehrs, wie bei Einsprüchen etc., behilflich sein müsse. Insofern sehe auch sie eine höhere Belastung auf die Beratungsstelle zukommen.

Herr Roscher stellt fest, dass die Verbraucherberatung aufgrund der Fülle der Informationsmedien nicht nur Wegweiser und Ratgeber der Bürger sei, sondern auch unverzichtbarer Bestandteil der gesellschaftlichen Struktur. Er möchte wissen, ob der Schwerpunkt der Aktivitäten der Verbraucherberatung eher im Präventionsbereich oder im Abwickeln von Rechtsfällen liege.

Frau Esters-Gardeweg erklärt, dass die Verbraucherberatung in beiden Bereichen tätig sei. Der überwiegende Teil der Ratsuchenden komme aber mit einem ganz bestimmten Anliegen, bei denen Probleme bereits entstanden seien. Die Verbraucherberatung versuche dann durch Rechtsberatung Lösungen für den Verbraucher zu finden.

Auf Frage von Herrn Ortel macht Frau Esters-Gardeweg deutlich, dass nicht nur eine verbraucherfreundlichere Gesetzgebung erforderlich wäre, um die Verbraucher besser schützen zu können. Es wäre schon ein großer Schritt in die richtige Richtung, wenn die vorhandenen Gesetze beachtet und angewandt würden und Verstöße hiergegen härter geahndet würden.

Auf Hinweis von Frau Dr. Kordfelder erläutert Frau Esters-Gardeweg, dass die Verbraucherberatung zu 50 % vom Land finanziert werde. Die restlichen 50 % würden zu 1/3 vom Kreis Steinfurt und zu 2/3 von der Stadt Rheine finanziert. Dafür erhielten die Ratsuchenden aus Rheine und dem Kreis Steinfurt ein Grundangebot für die Verbraucherberatung, und zwar kostenlos oder zu sehr moderaten Preisen.

Darüber hinaus habe die Verbraucherberatung ein sogenanntes Beratungsspektrum geschaffen, z. B. für die Bereiche Versicherungen, Altersvorsorge, Baufinanzierung und Energieberatung. Diese Leistungen würden durch externe unabhängige Experten vorgenommen, die aber vom Verbraucher komplett bezahlt werden müssten.

**Beschluss:**

Der Haupt und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2009 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – Beratungsstelle Rheine - zur Kenntnis.

**5. Neuregelung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften  
Vorlage: 265/10**

0:41:25

Nachdem Herr Kramer die Vorlage kurz erläutert hat, bittet Herr Niehues darum, den Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern die Entscheidung direkt an den Rat in seiner Sitzung am 13. Juli zu vertagen. Er begründet diesen Antrag damit, dass CDU und FDP das Thema nochmals mit der Bevölkerung diskutieren wolle, um einen Dialog zwischen den Anliegerinteressen und den Interessen der Diskothekenbetreiber und –besucher zu finden. Zu der Diskussionsrunde werde die CDU-Fraktion auch Vertreter der DEHOGA, der Polizei und wenn möglich, auch der Verwaltung, einladen.

Herr Roscher und Herr Reiske unterstützen diesen Antrag.

**Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im vg. Sinne, die Entscheidung über eine Neuregelung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften bis zur Ratsitzung am 13. Juli 2010 zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss**

0:49:05

Frau Dr. Kordfelder verliest den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Vermerk.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen nicht den unterbreiteten Verfahrensvorschlägen.

**7. Einwohnerfragestunde**

0:51:05

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**8. Anfragen und Anregungen**

## **8.1. Fahrradkodierung in Rheine**

0:51:20

Herr Roscher erklärt, dass kurz vor der HFA-Sitzung durch die Kreispolizeibehörde im Zusammenwirken mit SIR eine Fahrradkodierung durchgeführt worden sei. Er bittet alle anwesenden Personen, sich an dieser Aktion zu beteiligen und dafür zu werben, um Kriminalität in Rheine einzudämmen.

**Ende des öffentlichen Teils:**

**18:00 Uhr**

---

Dr. Angelika Kordfelder  
Bürgermeisterin

---

Theo Elfert  
Schriftführer